Protokoll
zur 11. Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr
am 26.02.2003

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:55 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden, insbesondere als Gäste Herrn Bresske (Pol-Dir. 4), Herrn Pfeifer (Seniorenvertretung), Frau Riemschneider und Herrn Heckmann (Straßenverkehrsbehörde) sowie anwesende Bürgerinnen und Bürger

Für den erkrankten BauDez Stäglin übernimmt Herr Laschinsky (FinWDez) die Vertretung.
Der Vorsitzende teilt mit, dass der Vertagungshinweis die Einladung um die Drs.Nr. 587 / II zu ergänzen ist.

TOP 1 – Öffentliche Bürgerfrage-Viertelstunde

Zum Thema „Hundekotbeseitigung“ ist Herr Philipp erschienen. Er teilt besorgt mit, dass er eine extreme Hundekotzunahme festgestellt hat. Dies verleite die Bürger dazu, auch ihren Müll zusätzlich auf der Straße abzuladen, da die Beseitigung des Hundekots nicht kontinuierlich durchgeführt wird. Vorschläge von seiner Seite sind, u.a.: Hundetoiletten, Überwachung durch Politessen sowie ein Beispiel aus England, in dem die Hundehalter durch Schilder auf die Hundekotbeseitigung aufmerksam gemacht werden. Er bittet den Bau-A ebenfalls um Vorschläge.

FinWDez nimmt Bezug auf das Berliner Straßenreinigungsgesetz; danach liegt die Entsorgung in der Pflicht des Hundehalters. Und auch die Stadtreinigung sei für die Lösung des Problems zuständig. Er schlägt von Seiten des Amtes vor, die Hundehalter stärker über ihre Verpflichtung aufzuklären. Dies ist in erster Linie möglich, wenn die Polizei solch eine Ordnungswidrigkeit ahndet und mit dem Hundehalter ein Informationsgespräch führt. Auch die Zahlung der Hundesteuer befreit nicht von der Pflicht zur Entfernung der Hinterlassenschaft des Hundes.

Die CDU-Fraktion stimmt den Äußerungen von FinWDez zu und bittet **TOP 5.6 – Hundekotbeseitigung jetzt auch in Steglitz-Zehlendorf – Drs.Nr. 546 / II (neu)** vorzuziehen.
Es wird einhellig so verfahren.

Die FDP-Fraktion stellt sich hier das Robi-Dog-System vor. Dieses System habe schon gute Ergebnisse erzielt, sei aber mehr für Park- und Grünanlagen als für Straßenland geeignet. Die FDP-Fraktion bittet um Änderung des Antragstextes.

Alt:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, auch im Bezirk Steglitz-Zehlendorf das am Lietzensee bewährte „Wall“-System zur Hundekotbeseitigung eingeführt werden kann. Es ist dabei zu prüfen, ob außer der WALL-AG auch andere privatwirtschaftliche Partner interessiert werden können.

Neu:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, **ob** auch im Bezirk Steglitz-Zehlendorf das am Lietzensee bewährte **„ROBI-DOG“**-System zur Hundekotbeseitigung eingeführt werden kann. Es ist dabei zu prüfen, ob **außerdem** auch andere privatwirtschaftliche Partner interessiert werden können.

FinWDez ist nicht von dem System überzeugt, er hat aus dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf andere Informationen. Danach läge hier eher ein negatives Ergebnis vor.

Die SPD-Fraktion bittet um eine Kostenermittlung.

Die CDU-Fraktion sieht in dem Antrag einen Prüfauftrag. Das Amt wäre nicht gezwungen, das System einzuführen, sollte aber die Vor- und Nachteile einmal abwägen.

Der geänderte Antragstext wird einstimmig angenommen.

TOP 2 – Bericht aus dem Bezirksamt

Anlage I – Antrag zur Behandlung eines Tagesordnungspunktes „Buslinie 184“ im Ausschuss Bau und Verkehr durch Herrn Sven Herzog

Dieser Punkt konnte nicht behandelt werden, da diese Anlage dem Stadtrat nicht vorlag.

Anlage II – Hans-Böhm-Zeile

Das Amt schlägt vor, dass ein Gespräch mit Herrn Discher und BauDez geführt werden sollte. Der Ausschuss regt dies an.

Im Übrigen:
BV Körner bittet um Informationen zur Mittelverwendung zum Bau von Zebrastreifen sowie zum letzten Stand der Kreiselasbestsanierung.

Herr Müller-Ettler (Bau L) teilt dazu mit, dass ein Großteil der Mittel des Jahres 2002 zum Bau von Zebrastreifen für den FGÜ Lissabonallee / Am Rohrgarten verwendet werden konnte (Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde).

Zur Frage der Kreiselasbestsanierung gibt FinWDez zur Kenntnis, dass es dazu eine Mündliche Anfrage in der BVV gab, der Sachstand habe sich bis zum heutigen Tage nicht verändert. Die Mittelfreigabe durch SenStadt ist noch nicht erfolgt. Das vom Abgeordnetenhaus geforderte Gutachten wird ca. 4-5 Monate dauern. Vor dem Herbst sei mit keinem Ergebnis zu rechnen. BV Körner hat Interesse an dem Umfang des Gutachten-Auftrages und zitiert den Beschluss des Bau-A im Abgeordnetenhaus.

Danach berichtet FinWDez über die folgenden Themen:

1. **Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung im Bereich Schloßstraße**
   Wegen des Frostes im Boden ist bei der Aufstellung der Parkscheinautomaten ein leichter Verzug eingetreten. Nunmehr soll zum 17. März 2003 die Erweiterung der PRB im südöstlichen Bereich und zum 24. März 2003 im nordwestlichen Bereich in Kraft treten.

2. **Anordnungen für Lichtsignalanlagen (LSA) im Bezirk Steglitz-Zehlendorf**
   Auf Nachfrage des Amtes nach der Realisierung von angeordneten LSA hat SenStadt nunmehr geantwortet. Danach ist vorerst **nicht** mit der Realisierung folgender LSA zu rechnen:
   a) Machnower Straße / Bismarckstraße
   b) Wismarer Straße / Prettauer Pfad
   c) Ostpreußendamm (Stadion Lichterfelde)
   d) Ostpreußendamm / Bäkestraße
   e) Lindenthaler Allee / Matterhornstraße
   Von diesen LSA haben die Anlagen e) und d) für SenStadt die höchste Priorität. Einige LSA-Ersatzbauten und einige Funkaufrüstungen im Rahmen der Busbeschleunigung sollen aber in 2003 durchgeführt werden.
   Der Ersatzbau Schloßstraße / Grunewaldstraße – Albrechtstraße genießt ebenfalls höchste Priorität und soll spätestens 2004 fertig gestellt werden.

3. **<u>Bürgerveranstaltung zur FNP-Änderung B 101</u>**

Am Donnerstag, den 20.02.03 fand eine Bürgerveranstaltung im Seniorentreff Gallwitzallee mit etwa 120 Bürgern aus Lankwitz statt, bei der das Amt, SenStadt und das von SenStadt beauftragte Büro IVU über den Stand des FNP-Änderungsverfahrens und über die Auswirkungen der beabsichtigten Aufgabe der B 101 zwischen Malteserstraße und Munsterdamm berichtet haben.

TOP 3 –

Benennung der Straße 621 (sog. Kühlhausstraße) in Berlin-Zehlendorf (vgl. Einladung zur Sitzung vom 20.09.2002 sowie Anl. III)

Der Vorsitzende verweist auf TOP 5.7 (Ausschussantrag).

Bau L erläutert den weiteren Verfahrensweg, der sich dem Ende zuneigt. Es müsse noch die der Zustimmung Familie eingeholt werden.

Der Ausschuss-Vorsitzende bittet um Beschlussfassung. Die Zustimmung des BiKu-Ausschusses zur Benennung nach Robert W. Kempner liegt vor. FinWDez bittet um heutige Abstimmung, um den Termin der Benennung der Straße 621 zu Kempners 10. Todestag (15.08.2003) einhalten zu können.

Der Vorschlag wird einstimmig befürwortet.

TOP 4 –

„Tempo 30“ in Steglitz-Zehlendorf – die Straßenverkehrsbehörde stellt ihren Standpunkt vor.

BV Körner führt kurz in die Thematik ein und erläutert, dass für den Ausschuss die Frage im Vordergrund stehe, wann eine Tempo 30-Zone angeordnet wird, bei der das Einvernehmen mit der Gemeinde herzustellen sei, und wann ein Fall einer 30-km/h-Einzelausweisung vorliegt. Für den Bezirk stelle sich diese Frage zurzeit konkret am Fall der Garystraße, aber auch sonst sei die Handhabung durch die Straßenverkehrsbehörde von Interesse.

Frau Riemschneider (Straßenverkehrsbehörde) stellt Folgendes dar:

Eine Tempo – 30 – Zonen-Regelung sei dann angezeigt, wenn durch die Gesamtverkehrsplanung ein übergeordnetes Straßennetz sowie auch Wohngebiete „definiert“ wurden. Für die Straßen in diesen Wohngebieten, außerhalb der übergeordneten Straßen (Hauptverkehrsstraßen und Netzergänzungsstraßen), gelten die Tempo 30-Zonen, für die das Einvernehmen mit der Gemeinde herzustellen ist. Sind hierbei Straßen vergessen worden, werden sie nachträglich eingefügt.

Die Garystraße fällt aus der 30-Zone heraus, da sie nach Ansicht der Straßenverkehrsbehörde eine Netzergänzungsstraße sei und auch aufgrund des Vorhandenseins von Ampeln, Durchgangsverkehr, Buslinien-Verkehr, und Vorfahrt-Regelung, die Kriterien für eine Tempo-30-Zone nicht gegeben seien. Da die Garystraße häufig von Fußgängern überquert wird, einen unübersichtlichen Verlauf hat und es somit zu häufigen Konfliktsituationen gekommen ist, müsste hier eine Einzelausweisung auf 30 km/h getroffen werden. Das sei auch einfacher als eine Zone.

Die Fraktionen sind mit diesen Ausführungen nicht einverstanden. Sie befürchten einen gewollten Ausschluss von der Mitbestimmung bei der Einrichtung von Tempo-30-Zonen. Der Vorsitzende legt dar, dass die Begründung im Fall Garystraße teilweise nicht überzeugt. Denn das Gesetz sieht ausdrücklich eine Zone (und KEINE Einzelausweisung) vor, wenn hoher Querungsbedarf und hoher Fußgängerverkehr vorliegt.

Aus den Fraktionen werden folgende Äußerungen aufgenommen:

- Kein Ermessen der Straßenverkehrsbehörde, nach welchen Vorschriften, nur Beurteilungsspielraum;
- Wenn die Gemeinde nicht gefragt werden soll, wird offensichtlich willlkürlich einfach die Einzelausweisung genommen;
- Berlepschstraße widerspricht den ganzen Ausführungen (Ampel ist außerhalb des Zonenbereiches); die Abgrenzung ist nicht plausibel;
- Unfallgefahr (Anzahl der Unfälle) hätte geprüft werden müssen.

Frau Riemschneider widerspricht heftig den Äußerungen zur Mißachtung der Bezirke. Die Ausweisungen würden durch eine genaue Prüfung der Umstände angeordnet. Sie wiederholt, dass die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für die Garystraße „nicht das geeignete Mittel“ sei. Zonen kämen nicht in Betracht, wenn zuviel dagegen spricht. Auch sei doch das Ergebnis Tempo-30 entscheidend. Sie bittet Unterstellungen zu unterlassen und beschwert sich beim Vorsitzenden über das Diskussionsverhalten der Fraktionen. Der Vorsitzende bittet um Verständnis für manch hitzige Bemerkung, weist aber auch darauf hin, dass es um die Frage bezirklicher Mitwirkungsrechte geht.

Zu den konkreten Unfallzahlen kann Frau Riemschneider nichts sagen, da sie dazu über keine Informationen verfügt. Außerdem sei auch die vorbeugende Gefahrenabwehr ihre Aufgabe, für anderes sei sie nicht zuständig.

BV Körner bedankt sich für die Ausführungen.

BV Müller stellt in den Raum, ob hier ein rechtswidriges Verhalten des BA durch die Nichtausführung der Anordnung der Straßenverkehrsbehörde vorliege.

Die endgültige Entscheidung über Tempo-30 in der Garystraße wird bis zum nächsten Bau-A zurückgestellt.

Anträge

TOP 5.1 – Fahrradstraße Havelchaussee – Drs.Nr. 77 / II

Wird einstimmig vertagt, bis das Gesamt-Radwegekonzept des BA vorliegt.

TOP 5.2 – Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Tiburtiusbrücke – Drs.Nr. 515 / II

Bau L – Herr Müller-Ettler – trägt vor, dass die örtlich beengten Verhältnisse zwischen den Autobahn-Einfahrten auf der Tiburtius-Brücke eine Verschwenkung der Fahrstreifen verhindern könnten. Die CDU-Fraktion erklärt, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Die SPD-Fraktion bittet die antragstellende FDP zu überlegen, ob sie den Antrag zurücknimmt, da er dem Amt möglicherweise unnötige Arbeit macht. Die FDP erklärt, dass sie den Antrag aufrecht erhält, dass ihr aber eine Prüfung des Anliegens ausreicht.

Bau L bittet Herrn Bresske um gemeinsame Prüfung der Realisierbarkeit. Herr Bresske sagt dies zu.

Der Antrag wird mit 10:5.0 angenommen.

TOP 5.3 – Kiosk am Hüttenweg / Ecke Kronprinzessinnenweg – Drs.Nr. 516 / II

FinWDez bezieht sich auf Urteil des OVG Berlin. Dieses Urteil versagt einen Kiosk an dieser Stelle. BV Hippe zweifelt dies an. Er vermutet eher, dass das Urteil einen Anspruch auf Sondenutzungserlaubnis meint. BV Sunkel kann das Verhalten des BA nicht verstehen. Sie war vor Ort und hat mit den dortigen Sportlern gesprochen. Sie befürworten einen Kiosk. Außerdem gäbe dies zusätzliche Einnahmen für den Bezirk. Die Ausschussmitglieder bitten um Einsichtnahme in das OVG-Urteil.

Der Antrag wird einstimmig vertagt.

TOP 5.4 – Abriss der Wannsee-Terrassen – Drs.Nr. 519 / II

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

TOP 5.5 – Fahrradverkehr in der Scheelestraße – Drs.Nr. 534 / II

FinWDez äußert hierzu, dass diese Straße eine zu geringe Durchfahrtsbreite hat. Das BA ist nicht davon überzeugt, den Fahrradverkehr entgegen der Einbahnstraße zuzulassen. Verschiedene Stimmen aus den Fraktionen stimmen FinWDez zu und sehen hier auch eine gefährliche Situation für die Radfahrer.

BV Eichstädt sieht dies nicht unbedingt so und bittet um Abstimmung.

Der Antrag wird mit 5:10:0 Stimmen abgelehnt.

TOP 5.6 – Hundekotbeseitigung jetzt auch in Steglitz-Zehlendorf – Drs.Nr. 546 / II(neu)

Wurde vorgezogen (siehe hierzu Bürgerfrage-Viertelstunde)

TOP 5.7 – Vorschlagsliste für zukünftige Straßenbenennungen – Drs.Nr. 560 / II

FinWDez erklärt, dass eine entsprechende Vorschlagsliste beim Tiefbauamt schon in Arbeit sei.

Die Fraktion der CDU ist für den Antrag. BV Eichstädt bittet hierzu um nähere Erklärung der Kriterien, die für die Erstellung der Zehlendorfer Liste gegolten haben. FinWDez erklärt hierzu, dass in die Liste der zukünftigen Straßenbenennungen nur solche Vorschläge aufgenommen werden sollen, die einen Bezug zum Bezirk Steglitz-Zehlendorf haben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 5.8 – Zebrastreifen statt nicht finanzierbare Lichtzeichenanlagen – Drs.Nr. 572 / II

FinWDez sieht in der Formulierung des Antragstextes Schwierigkeiten. Die Anordnung kann nicht von den finanziellen Mitteln abhängig gemacht werden. Die Straßenverkehrsbehörde prüft und entscheidet.

Herr Bresske gibt zu Bedenken, dass es Richtlinien für Fußgängerüberwege gibt, die einzuhalten sind. Wenn der Kfz-Verkehr zu stark ist, muss eine Ampel angeordnet werden.

BV Hampel (Grüne) ist für den Antrag. Eine Lichtsignalanlage dauert oft zu lange. Allerdings gehe er davon aus, dass es einen gewissen Überlappungsbereich gebe, wo es möglich sei, entweder eine Ampel oder einen Zebrastreifen anzuordnen.

BV Eichstädt (CDU) sieht die Gefahr, dass der FGÜ nicht mehr weggenommen wird, wenn er erst einmal eingerichtet ist. Er bittet die antragstellende Fraktion um Änderung des Antragstextes, was diese ablehnt.

Mit 7-Ja-Stimmen zu 8-Nein-Stimmen wird der Antrag in ungeänderter Fassung abgelehnt.

TOP 5.9 – Grüner Pfeil – Gefahr für Blinde – Drs.Nr. 584 / II

FinWDez zitiert aus der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung. Danach sind akustische Signale anzuordnen, wenn eine Lichtzeichenanlage häufig von Blinden oder Sehbehinderten benutzt wird.

Herr Bresske ergänzt hierzu, dass alle neu angelegten Ampelanlagen grundsätzlich mit einem Blindenton ausgerüstet werden. Eine Umrüstung von Altanlagen ist nicht möglich, hier kämen nur Ersatzbauten infrage.

Die antragstellende Fraktion nimmt den Antrag zurück.

TOP 5.10 – Information der BVV-Ausschüsse zur Machbarkeitsstudie Kreiselasbestsanierung – Drs.Nr. 599 / II

FinWDez teilt mit, dass hierfür die Abteilung PV federführend zuständig ist. Herr Weber wird sicher, wenn die Möglichkeit besteht, alle notwendigen Informationen dem Ausschuss zur Verfügung stellen. FinWDez gibt jedoch zu bedenken, dass es sicher nicht möglich sein wird, ein voraussichtlich mehrbändiges Gutachten für alle Fraktionen zu kopieren.

Aufgrund dieser Äußerung bittet die antragstellende Fraktion um Änderung des Antragstextes

Alt:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Gutachterbericht zur Machbarkeitsstudie für die Kreiselasbestsanierung unverzüglich an die Ausschüsse für Bau und Verkehr sowie Personal und Verwaltung weiterzuleiten.
Das Bezirksamt wird ersucht, alle Verfahren frühzeitig den zuständigen Ausschüssen vorzustellen.

Neu:

Das Bezirksamt wird ersucht, den Gutachterbericht zur Machbarkeitsstudie für die Kreiselasbestsanierung unverzüglich den Ausschüssen für Bau und Verkehr sowie Personal und Verwaltung **zugänglich zu machen**.
Das Bezirksamt wird ersucht, alle Verfahren frühzeitig den zuständigen Ausschüssen vorzustellen.

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 6 – Verschiedenes

<u>Akteneinsicht Schwartzsche Villa</u>

BV Hampel bittet für die Fraktion der GRÜNEN um Akteneinsicht zu dem Vorgang „Schwartzsche Villa“. Es liegen Informationen vor, die besagen, dass es zu Unstimmigkeiten bei der Mängelbearbeitung gekommen sein soll.

Die SPD-Fraktion (BV Weihe und BV Karnetzki) zeigen Unverständnis ob dieser Bitte. Es liegt kein konkreter Verdacht vor, da durch BauDez in der BVV alle Nachfragen beantwortet werden konnten. Durch die „ständigen Akteneinsichten“ ist bald kein vernünftiges Arbeiten für das Amt mehr möglich. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass der Wunsch einer Fraktion nach Akteneinsicht respektiert werden sollte.

Dem Antrag auf Akteneinsicht wird mit 12-Ja-Stimmen, 0-Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

<u>Eröffnung Wannseebahn</u>

Es liegt ein Bürgerschreiben vor aus der Alemannenstraße. Seit Wiedereröffnung der S-Bahn sei es lauter geworden. BauL sagt zu, dazu die Stellungnahme der Bahn einzuholen.

<u>Autoverladung Bahnhof Wannsee</u>

BauL: Es sind Antwortschreiben der Deutschen Bahn und der DB-Autozug eingetroffen. Die Scheinwerfer sind gedreht worden, die Bepflanzung steht noch aus. Ein Ortstermin mit dem NG wird folgen.

Vorsitzender :Herr Körner
Schriftführer Herr Kühnast
Protokoll: Frau Andreas